Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Zeilenzeile im Amtsblattbezirk M 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 18), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12296.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 51 und 91, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 551. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 63. Mittwoch, den 16. März 1927. 80. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Mittwoch, den 16. März 1927, vormittags 10 Uhr, wird im Restaurant zum „Alt-Tier" in Lindenau **1 Kalbe** meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Schneeberg, den 15. März 1924.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Das auf dem vormals **Grünertschen Grundstücke** in **Johanngeorgenstadt** befindliche Gebäude soll auf Abbruch verkauft werden.

Preisangebotsformulare können beim unterzeichneten Bauamt eingefordert werden. **Das Reichsbauamt Plauen.**

Unterhaltungsgenossenschaft für den Zschorlaubach

(Filzbach.)

Die Genossenschaftsmitglieder werden zu der am

Donnerstag, dem 24. März 1927, abends 8 Uhr,

in der Gastwirtschaft von Richard Georgi in Zschorlau stattfindenden

Generalversammlung

hierdurch eingeladen.

Tagesordnung: 1. Weiterführung der Genossenschaft. 2. Wiederwahl oder Neuwahl des Vorstandes. 3. Desgl. des Schatzmeisters und der Rechnungsprüfer. 4. Festsetzung des Beitragssatzes für 1927. 5. Anträge.

Zschorlau, den 14. März 1927.

Der Genossenschaftsvorstand. B. Heinke, Vors.

Stockplätze-Versteigerung.

Schwarzenberger Stadtwald.

Sonnabend, den 19. März 1927,

sollen von nachmittags 3 Uhr ab die auf den Kahlschlägen „Gelbe Birke" und „Salzerschen Ankauf" anstehenden Stöcke an Ort und Stelle meistbietend versteigert werden.

Treffpunkt auf dem Kahlschlag „Gelbe Birke".

Schwarzenberg, am 14. März 1927.

Der Rat der Stadt. — Forstrevierverwaltung.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Die Wirtschaftspolitik des Reiches.

Dr. Curtius über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Berlin, 14. März. Im Reichstag begann heute die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius gab einen Ueberblick über die Tätigkeit des Reichswirtschaftsministeriums aus eigener Zuständigkeit, wie ein wirtschaftspolitisches Generalreferat der Reichsregierung.

Er unterschied innerhalb seines eigentlichen Aufgabenkreises

1. die Mitwirkung des Staates an der Vermittlung wirtschafts-wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Erziehung zur Wirtschaftlichkeit,

2. die Angliederung der Wirtschaftsorganisationen an den Staatsorganismus,

3. die Bedeutung der Steuer-, Zoll und Handelsvertrags-, Geld- und Kreditpolitik für die Wirtschaft, und

4. die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft selbst zur wirtschaftlichen Eigenbetätigung der öffentlichen Hand und zur Unterstützung notleidender Wirtschaftszweige.

Zu der ersten Aufgabe betonte der Minister, daß Deutschland mehr als andere Länder klarer Einsicht in seine Wirtschaftslage bedürfe. An neuen Aufgaben sei die Reichswohnungszählung, die Erhebung von Haushaltsrechnungen, die Produktions- und Lohnstatistik zu erfüllen. Der Vervollkommnung der Handelsstatistik gelte eine dem Reichstag demnächst vorzulegende Gesetzesvorlage. Die Arbeiten des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugung und Absatzbedingungen zeige nicht nur ein tiefes Eindringen in Einzelheiten, sondern auch den starken Willen zur Herausarbeitung der Grundlinien des wirtschaftlichen Bestehens.

Zu der zweiten Aufgabe machte Minister Dr. Curtius darauf aufmerksam, daß die Berufsorganisationen nach dem Zusammenbruch zunächst eine treibhausartige Entwicklung genommen haben. Seit einigen Jahren sei aber ein Beharrungszustand eingetreten. Die Beziehungen dieser Organisationen erstreckten sich auch auf weitestgehende sachliche Zusammenarbeit bei der Durchführung von wirtschaftspolitischen Aufgaben. So wertvoll, wie die Beziehungen und ihre Festigung auch sein mögen, so könne die Reichsregierung doch nicht auf geregeltes Zusammenwirken der Verbände und auf die Notwendigkeit verzichten, sie im Reichswirtschaftsrat zum gegenseitigen Ausgleich zu bringen. Die Organisation von Produktion und Güterverteilung sei Gegenstand einer besonderen Diskussion geworden. Noch sei das Ziel der Rationalisierung in Deutschland nicht erreicht. Die Vervollkommnung der Technik stehe noch zum großen Teil bevor. Das Reich werde dafür zu sorgen haben, daß nicht durch politische Grenzen innerhalb Deutschlands die wirtschaftliche Durchführung dieser Pläne zu schaden komme. Endziel der ganzen Rationalisierung müsse die Wiederaufnahme aller brauchbaren Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß und die Hebung der Kaufkraft der ganzen Bevölkerung sein. Wenn wir auch von diesem Ziel noch weit entfernt seien, so sei es doch völlig falsch, von einem Fehlschlag der bisherigen Rationalisierung zu sprechen, die bereits bewirkt habe, daß sich die rationalisierten Unternehmungen innerlich gefestigt hätten und eine dauernde Arbeitsmöglichkeit böten. Bis zum 1. Januar d. J. seien im ganzen rund 1600 Anträge durch das Kartellgericht erledigt worden. Die Urteile des Kartellgerichts ließen gewisse als Ueberspannungen des Organisationsgedankens zu kennzeichnende Formen der Wirtschaft verschwinden. Ein umfangreicher Ueberblick über die vorhandenen Kartelle sei bereits vorhanden. Vom Umfrageausschuß werde hinsichtlich der Wirkungen eines einzurichtenden Kartellregisters eine Art Großversuch dadurch gemacht, daß man die Textilwirtschaft zur Anmeldung aller Kartelle und kartellmäßigen Vereinbarungen auffordern werde.

Zu der dritten Frage führte Dr. Curtius aus, die Zoll- und Handelsvertragspolitik bewege sich auf einer durch die bekannten Verschiebungen des Welthandels gegenüber der Vorkriegszeit veränderten Grundlage. Der Anteil Europas an der deutschen Ausfuhr sei zugunsten des außereuropäischen Anteils stark gesunken. Die Ausfuhr nach den europäischen Ländern sei im ganzen genommen geringer als vor dem Kriege, wobei den Hauptausschlag die verminderte Ausfuhr nach Rußland und Frankreich gebe. Bei den anderen Ländern zeige sich in manchen Beziehungen eine günstige Auswirkung der mit ihnen abgeschlossenen Handelsverträge. Asien und Afrika nähmen wachsende Mengen deutscher Ausfuhrerzeugnisse auf. So sehr Deutschland danach trachte, das Handelsvertragssystem zum Abschluß zu bringen, so sei man noch immer vom Ziel entfernt und habe noch schwere Aufgaben, wie die Handelsverträge mit Polen, Frankreich und der Tschechoslowakei, zu lösen. Der Minister erhofft sich von der im Mai in Genf stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz eine gewisse Erleichterung der allgemeinen handelspolitischen Lage. Die Reichsregierung werde eine Aenderung der Methoden und die Schaffung eines neuen Zolltarifes in nächster Zeit nicht verantworten können. Die Einbringung eines neuen deutschen Zolltarifes, die vom Reichstag gefordert werde, würde im Augenblick nur noch größere Verwirrung hervorrufen. Der Minister kündigt eine Vorlage der Reichsregierung über die Gestaltung der Agrarzölle für die Zeit nach dem 31. März d. J. an. Dem Auslande müsse klargemacht werden, daß Garantieleistungen für sogenannte Russenkredite auch andere Staaten, sogar in weit größerem Umfange, gäben und daß gerade die besondere Schuldnerlage Deutschlands zur Förderung der Ausfuhr zwinge. Die Schuldbelastung sei noch immer außerordentlich hoch und bedenklich. Man müsse jetzt daher ernst überlegen, ob und welche Maßnahmen zur Verbesserung des Geld- und Kreditsystems ergriffen werden können. Die bisherige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, die im wesentlichen darauf hinauslaufe, Annuitäten durch Aufnahme neuer Schulden zu schaffen, führe zu Substanzverlusten und sei daher alles andere als eine ordnungsmäßige Erfüllung des Dawespaktes.

Der Staat müsse mit besonderer Sorgfalt sich des Handwerks und des mittelständischen Gewerbes annehmen. Aber erst aus der Gesamtbetrachtung aller großen Gebiete der Staatsbetätigung, bei denen der Staat in den Verlauf der Wirtschaft eingreife, ergebe sich die Gesamtheit der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Der Minister schloß, er habe sich stets bemüht, durch rege Mitarbeit an allen Fragen auf eine einheitliche Linie und eine planmäßige Zusammenfassung der staatlichen Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet hinzuwirken.

Abg. Dr. Reichert (Dntl.) sagt, zu bekämpfen sei die Uebernahme wirtschaftlicher Betriebe durch die öffentliche Hand, weil die Betriebe dann unrentabel würden und sie außerdem, von Steuern befreit, eine unfaire Konkurrenz für die schwerbelasteten Privatbetriebe würden. Die Rationalisierung habe auch gute Folgen. Sie habe endlich wieder eine Rente geschaffen. Die Rationalisierung dürfe nicht durch Verbot aller Ueberstunden durchkreuzt werden. Freilich solle man die Ueberstunden auch nicht übertreiben. Außerdem habe die Rationalisierung den Export wieder ermöglicht und dadurch Geld und Rohstoffe ins Land gebracht. Auch die Preissenkung im Innern werde kommen. Die Arbeitszeit dürfe man aber nicht rationieren nach Schema F. Bei den deutsch-polnischen Verhandlungen müsse man unbedingt freies Niederlassungsrecht fordern. Die Kartellauswüchse werden maßlos übertrieben. Ueber sozialisierte Monopole beklage sich dagegen kein Mensch.

Abg. Schlack (Ztr.) stellt fest, daß unsere Wirtschaft sich im Gesundungsprozeß befinde. Unsere Handelsbilanz habe sich verbessert. Die Möglichkeit einer Mehrbeschäftigung von Arbeitern würde unserer Wirtschaft große Erleichterungen bringen.

Abg. Albrecht (DVP.) weist darauf hin, daß zu Beginn der Stabilisierung die Stellung der Produktion stärker gewesen sei, als die der Finanz, denn erstere habe wenigstens ihre Sachwerte gerettet, während die Finanz nahezu alles verloren habe. Der Redner betonte, daß es der deutschen Wirtschaft in letzter Zeit ohne Zweifel gelungen sei, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Das ganze Volk habe an der Rationalisierung das größte Interesse. Wenn sie auch vorübergehend Arbeitslosigkeit schaffen, so sei sie doch das einzige Mittel, um durch wettbewerbsfähige Preise größere Märkte zu erschließen, die Produktion zu erweitern und damit die Einstellung neuer Arbeitskräfte zu ermöglichen.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag vertagt.

Englisches Geld für die deutsche Revolution

Berlin, 14. März. Vor dem Amtsgericht Schöneberg wurde heute die Beleidigungsklage des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Levi gegen den Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters", Alfred Rosenberg, wieder aufgenommen. Die Klage stützt sich auf einen Artikel des völkischen Blattes, der über Dr. Levi schrieb: „Wann will sich der sozialdemokratische Berichterstatter des Ausschusses von dem Vorwurf reinigen, im Kriege englischer Spion gewesen zu sein?"

Dr. Levi erklärte, er mache kein Hehl daraus, daß er im Kriege zum linken Flügel der Sozialdemokratie und später zum Spartakusbund gehört habe. Er habe über die Ursachen und den Zweck des Krieges eine eigene Auffassung gehabt und sie auch jederzeit vertreten. Der „Völkische Beobachter" behauptet jedoch, daß er für eine fremde Macht gegen Bezahlung Spionagedienste geleistet, also eine verächtliche Tätigkeit ausgeübt habe. Diese Behauptung solle der Angeklagte beweisen. Im übrigen werde er es zulassen, daß die Gegenseite den Versuch mache, seine politische Haltung als Landesverrat darzustellen. Auf die Frage des Vertreters des Beklagten, ob Levi von Rußland Geld genommen habe, erklärte der Privatkläger: Diese Behauptung sei unrichtig. Er wolle diese Frage nicht weiter beantworten. Der Beklagte betonte, daß Levi zu Unrecht behaupte, er habe erst durch seinen Artikel von dem Vorwurf der Spionage Kenntnis erhalten. Schon 1920 hatte Levi sich in der „Roten Fahne" gegen diesen Angriff verteidigt. Dieser Vorwurf sei gegen Levi jahrelang ohne seinen Widerstand erhoben worden.

Als Zeuge wurde dann der frühere Führer der KPD., Wolfheim, vernommen. Er erklärte, er habe nie behauptet, daß Levi bezahlter englischer Spion gewesen sei. Dagegen habe er stets englische Politik getrieben. Levi habe auch einmal englisches Geld bekommen, wie überhaupt das englische Geld die ganze deutsche Revolution verseucht habe. Am 7. November 1918 habe der Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg Gelder erhalten einschließlich von russischer Seite zur Unterstützung der deutschen Revolution. Kurz darauf habe aber der englische Nachrichtendienst nach dieser Summe geforscht, weil es englisches Geld gewesen sei.

Das Gericht verurteilte den Beklagten Rosenberg zu einer Geldstrafe von 300 RM und zur Tragung der Kosten.

Albanien auf dem Wege zum Königreich.

Rom, 14. März. Die „Gazetta del Popolo" erklärt, daß die Ausrufung des albanischen Staatspräsidenten Zogu zum König noch nicht spruchreif sei. Da aber Zogu durch militärischen Staatsstreich zur Macht gelangt sei und ein zeitlich unbegrenztes Konsulat ausübe, müsse dieses mit logischer Notwendigkeit zur Monarchie führen.

Kerenski geohrfeigt.

Newyork, 14. März. Als Kerenski bei einer Feier aus Anlaß des zehnten Jahrestages der russischen Märzrevolution in einer Massenversammlung eine Rede gegen die Sowjetregierung hielt, wurde er von der Braut eines zaristischen Offiziers, die Kerenski vorwarf, am Tode ihres Verlobten schuld zu sein, geohrfeigt.

Riga, 14. März. Der lettländische Staatspräsident Tschakste ist im 68. Lebensjahre gestorben.

SLUB
Wir führen Wissen.